

### Neukölln behält seine Hörberatungsstelle

Lange Zeit sah es so aus, als ob die Neuköllner Einrichtung zu Gunsten einer gleichen Einrichtung in Friedrichshain-Kreuzberg zugemacht wird. Doch die Hörberatungsstelle in Neukölln bleibt...

Seite 4

### Die Neuköllner Jugendstadträtin...

Noch viel zu häufig gilt die Art, wie die Eltern ihre Kinder erziehen als Privatsache, aber Kinder haben Rechte...

Seite 3

### Wissmannstraße soll umbenannt werden...

Die Werkstatt der Kulturen hat im vergangenen Jahr die Initiative ergriffen. Sie arbeitet schon einige Jahre daran, die vergessene deutsche Kolonialgeschichte bekannter zu machen...

Seite 4

# Neuköllner Stachel

Bündnis 90/Die Grünen (Europäische Grüne Partei) in Neukölln

Nr. 160, März 2007

## Nach dem Gerichtsurteil:

# Endlich Ruhe in Tempelhof

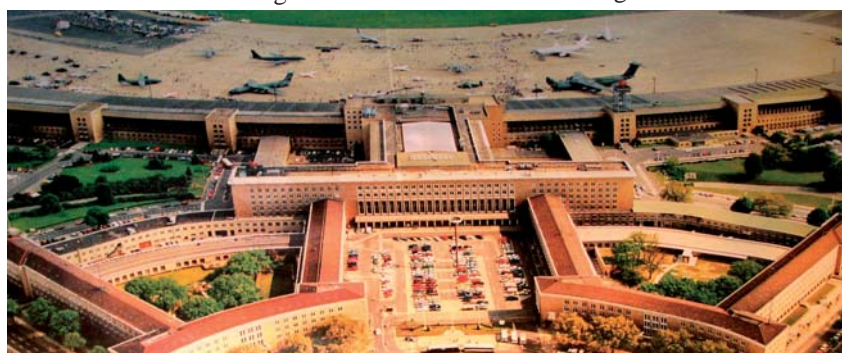
## Mehr Lebensqualität und höhere Sicherheit für Anwohner in Neukölln, Tempelhof und Schöneberg

Mit seinem Urteil vom 12. Februar gab das Obergerverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg seinen juristischen Segen zum Senatsbescheid für die Schließung des Flughafens Tempelhof im Oktober 2008. Damit unterstützt nach den drei zuständigen Regierungen und Parlamenten auch die Dritte Gewalt die Stilllegung des Traditions-Airports.

Die Bürgerinitiative Flughafen Tempelhof, die sich seit Jahren für die Schließung stark gemacht hat, begrüßte das Urteil, wenn auch schweren Herzens: „Denn sowohl der Berliner Senat als auch das Gericht sind den Klägern sehr weit entgegengekommen. Der Schließungstermin ist nun ein drittes Mal nach hinten verschoben worden, ursprünglich war der Oktober 2004, dann der März 2007 und später der Oktober 2007 geplant gewesen.“ Zwar hat das Gericht keine Revision beim Bundesverwaltungsgericht zugelassen, doch einige der klagenden Fluggesellschaften werden sich vermutlich dennoch an das Leipziger Gericht wenden. Das Bundesgericht dürfte sich aber seine eigene Entscheidung zum Flughafen Berlin Brandenburg International (BBI) in Schönefeld kaum konterkarieren lassen. Rechtsexperten gehen nach wie vor davon aus, dass die Entscheidung für den Neubau in Schönefeld den Weiterbetrieb von Tempelhof explizit ausschließt.

Jetzt ist der Senat gefordert, das eingeleitete Verfahren zur Aufhebung der Planfeststellung - praktisch die Entwurmung des Geländes - zügig abzuschließen, wie bereits vor Jahren von den Bündnisgrünen im Berliner Abgeordnetenhaus gefordert. Damit würde dann auch Begehrlichkeiten der

Bahn AG und anderer Interessenten für einen privaten Weiterbetrieb ein letzter Riegel vorgeschoben. Für die betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner in Neukölln, Tempelhof und Schöneberg wäre zu wünschen, dass mit diesem Urteil ein Schlussstrich unter die seit Jahren tobende Schließungsdebatte gezogen wird. Einem von der Interessengemeinschaft



Der Flughafen Tempelhof - Nostalgie für die einen, Lärmquelle und Sicherheitsrisiko für die anderen  
Foto: Repro

City-Airport Tempelhof angestrebten Volksbegehren gegen die Schließung des Flughafens Tempelhof werden nur geringe Chancen eingeräumt. Vor allen Dingen einer „Luftbrücken-Nostalgie“ der Westberliner ist das Ergebnis einer Infratest-dimap-Umfrage geschuldet: Vor der Urteilsverkündung hatten sich 34 Prozent für einen Weiterbetrieb Tempelhofs als Verkehrsflughafen ausgesprochen.

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) begrüßt das Urteil des Obergerverwaltungsgerichtes als „richtiges Signal für eine verlässliche Verkehrspolitik“. Die Schließung von Tempelhof zum 31. Oktober 2008 sollte endlich von Politik und Flugbetreibern akzeptiert werden. Zudem müsse nun mit der Planung für realistische Nachnutzungskonzepte ernsthaft begonnen werden.

Dazu Martin Schlegel, Sprecher des BUND Berlin: „Die Einstellung des Flugbetriebes ist aus mehreren Gründen dringend erforderlich. Die Lärmbelastung für die Anwohner des innerstädtischen Flughafens und der Einflugschneise ist enorm

und beeinträchtigt ihre Gesundheit erheblich.“

## Bürgerinitiative zur Nachnutzung gegründet

Anwohner des Flughafens Tempelhof gründeten vor wenigen Wochen die Bürgerinitiative zur Nachnutzung des Flughafengeländes Tempelhof - abgekürzt NANU THF. Ziel der Bürgerinitiative ist es, verschiedene Nutzungskonzepte für das Gelände zu entwickeln und dabei vor allem für entsprechende Bürgerbeteiligung zu sorgen. Dazu wird die Bürgerinitiative NANU neben Begehungen des Areals auch Workshops und Diskussionskreise anbieten. BI-Sprecher Thomas Maier dazu: „Es ist jetzt an der Zeit, dass die betroffenen Bürger selbst aktiv in die Planung der Nachnutzung eingreifen und Ideen entwickeln. Überlässt man die Planung den staatlichen Stellen, so kann man davon ausgehen, dass die Bedürfnisse der Anwohner nicht ausreichend berücksichtigt werden. Die Nachnutzung muss sozial, umweltgerecht und innovativ sein! Wir laden alle Anwohner, aber auch Künstler, Migranten, Architekten, Schulen und sonstige Interessierte ein, bei der Erarbeitung von neuen Nutzungskonzepten mitzumachen.“ Das nächste Treffen der Bürgerinitiative findet am Mittwoch, 14.3.2007, um 19.00 Uhr im Cafe Prinz, Fontanestraße 32, statt.

jüb

## Neuköllns schöne Seiten

### Der Schulenburgpark

### Ein Kleinod für Neukölln



Foto: Repro

Der Park liegt am südlichen Teil der Sonnenallee und ist seit 1913 als Grünfläche ausgewiesen, weil das Gelände sumpfig und für eine Bebauung ungeeignet war. Er ist nach Rudolf Wilhelm Graf von der Schulenburg, von 1914 bis 1917 Oberpräsident der Provinz Brandenburg, benannt. Schon 1923 erhielt das Gelände sein jetziges formales Gesicht mit dem langen, rechteckigen Wasserbecken, Spiegelbecken genannt. Herrliche Platanenalleen an den beiden Längsseiten führen optisch hin zu einem wertvollen Jugendstil-Brunnen. Er ist ein Werk des in Neukölln geborenen Bildhauers Ernst Moritz Geyger. Ursprünglich sollte der Brunnen auf dem Rathausplatz aufgestellt werden. Die Stadt Neukölln wollte damit ihren berühmten Künstler ehren. Man schrieb das Jahr 1918, und als Ende November Spartakisten im Rathaus Neukölln regierten und gar eine Republik Neukölln proklamierten, war an eine Aufstellung des Brunnens des als konservativ bekannten Künstlers nicht mehr zu denken. Das Modell und die schon ausgeführten Muschelkalkteile wurden in einem Straßenreinigungsdepot zwischengelagert. Erst 1934 entschloß sich die Stadtverwaltung, Geygers Brunnen im Schulenburgpark aufzustellen. Die Nazis hatten gerade die Macht übernommen. Bei der Einweihungsfeier ließen sie zahlreiche Schulkinder in Märchenkostümen auftreten und mißbrauchten sie so für ihre Propaganda. Wegen dieser „Märchenfeier“ bekam der

Brunnen im Volksmund den Namen „Märchenbrunnen“. Während des Krieges wurden die Bronzefiguren des Brunnens eingeschmolzen.

Nach dem Krieg wurde der Gartenbaudirektor Ernst Lohrer mit der Umgestaltung des Parks beauftragt. In den 60er Jahren verwahten Park und Brunnen. Erst 1970 konnte der Brunnen wieder restauriert werden, allerdings mit geänderten Thema: Man griff auf die Tradition des Namens „Märchenbrunnen“ zurück und nannte neu geschaffene Plastiken „Brüderchen und Schwesterchen“ und „Aschenputtel“.

Schon 1979 wurde die gesamte Anlage erneut wegen Vandalismus stillgelegt. Erst 2000 und 2001 wurde die Brunnenanlage im Rahmen des „Brunnen-Sanierungsprogrammes-2000“ für insgesamt 1,5 Mio DM umfassend saniert. Seit September 2001 erstrahlen Park und Brunnen wieder im alten Glanz und die alten Platanen spiegeln sich im Wasserbecken.

Jetzt machen dem Neuköllner Natur- und Grünflächenamt weniger Vandalismus und Verwahten zu schaffen, als vielmehr die Sparzwänge des Finanzsenators Sarrazin, die er dem Bezirk Neukölln auferlegt. Wenn die Neuköllnerinnen und Neuköllner sich auch in den nächsten Jahren an diesem Prachtstück gärtnerischer Parkgestaltung erfreuen sollen - und das sollen sie! -, dann muss der „Pflegetotstand“ für diese wie für alle anderen Neuköllner Parkanlagen dringend beendet werden.

Jürgen Biele

## Gegendarstellung

In der Ausgabe des „Neuköllner Stachel“ Nr. 159 vom Dezember 2006, Seite 2, behaupten Sie unter der Überschrift „Verkehrinitiative BISS/IGT löst sich auf“, Desinteresse der Politik und Mitgliederschwund sorgen für Aufgabe. Diese Aussagen sind falsch.

Richtig ist, die Verkehrinitiative BISS/IGT besteht weiterhin. Die Initiative hat weiterhin 10 aktive Mitglieder, so dass von Mitgliederschwund keine Rede sein kann. Das behauptete Desinteresse der Politik ist nur sehr begrenzt richtig.

Richtig ist, dass der Verein zur Förderung von Umwelt- und Naturschutz in Berlin e.V. (F.U.N.) - also der Trägerverein der BISS/IGT - aufgelöst wird, wovon die BISS/IGT jedoch nicht betroffen ist.

Siegfried Menzel

Stv. Vorsitzender des F.U.N. bis 31.12.2006

Der Neuköllner Stachel bedauert seine fehlerhafte Darstellung und verspricht Besserung.

Die Redaktion

## Werdet konkret!

Zur Klimaschutzerklärung von 100 großen Konzernen erklärt Reinhard Bütikofer, Bundesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen: „Die Klimaschutzerklärung ... zeigt, wie sehr die Wirtschaft in der Klimadebatte unter Druck geraten ist. Die Wirtschaft ist in der Tat Teil des Problems. Wird sie Teil der Lösung? Wenn sich ‚die Politik‘ was trauen möchte, steht bisher aber ‚die Wirtschaft‘ auf der Bremse. Also konkret: Ist Air France für eine Kerosinsteuer? Ist Volvo für die Begrenzung des durchschnittlichen CO<sub>2</sub>-Ausstoßes der europäischen Autoflotte bis 2012 auf 120g pro Kilometer? Ist General Electric für hohe Effizienzstandards für Elektrogeräte? Sind BASF und Bayer dafür, die CO<sub>2</sub>-Emissionen in Deutschland bis 2020 um 40% zu senken? Wir werden die Firmen konkret fragen. Denn auch für sie gilt: Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.“ Zur Klima-Debatte, siehe Seite 5.

**Berlins großer Bio Discount**

Bio-Markenprodukte  
Abholmarkt  
Dauermiedrigpreise  
Fachberatung  
Ideal für den großen Bedarf

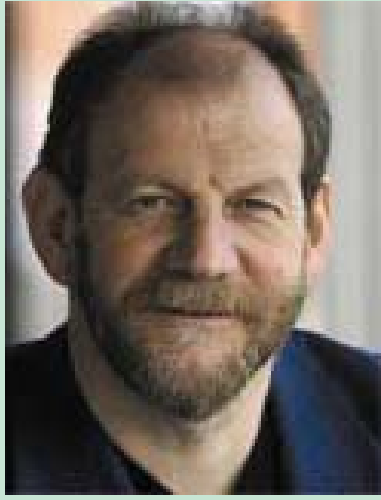
**BIG BIO DISCOUNT**  
natürlich intelligent einkaufen

Bergiusstr. 38 (Autobahn 100, Abfahrt Grenzallee) · 12057 Berlin  
Mo-Fr 13-19 Uhr · Sa 9-14 Uhr · Telefon 030/68 05 66 61 · www.big-bio.net

Allos, Götz, Mühle, bruno fischer, voelkel, Elan, Bohlsener MÜHLE

Michael Cramer, Mitglied des  
Europa-Parlaments:

## Bericht aus Brüssel



### EU-Kommission bremst Klimaschutz aus

Ein Vorschlag der EU-Kommission zur Reduzierung von Autoabgasen und der Einführung verbindlicher Emissionsgrenzwerte für Neuwagen ab 2012 ist für unbestimmte Zeit verschoben worden. Das ist ein Kniefall vor den Interessen der Automobil-Lobby.

Kommissionspräsident Barroso beugt sich einmal mehr dem Druck der Automobilindustrie und bremst damit erneut konkrete Klimaschutzmaßnahmen aus. Nachdem die Auto-Hersteller es augenscheinlich nicht schaffen, ihre Selbstverpflichtung zur Reduzierung der Emissionen von Neuwagen auf 140 Gramm CO<sub>2</sub> pro Kilometer ab 2008 zu erfüllen, brauchen wir verbindliche, gesetzliche Grenzwerte.

Umweltkommissar Stavros Dimas hat dies erkannt. Sein Vorschlag, verbindliche Werte gesetzlich festzulegen, stieß dabei bereits im Vorfeld auf Widerspruch vor allem bei dem deutschen Industriekommissar Günter Verheugen. Der deutsche Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) hat nun Dimas den Rücken gestärkt und sich vor dem Umweltausschuss des EU-Parlamentes ebenfalls für eine verbindliche Obergrenze von 120 g/km ausgesprochen. Auch er sieht die freiwillige Selbstbeschränkung der Autoindustrie als „gescheitert“ an.

Barroso zögert die lange erwartete Entscheidung nun weiter hinaus und gefährdet damit die Glaubwürdigkeit der europäischen Klimaschutzpolitik.

Die guten Absichten wie die gerade von seinem Kollegium beschlossene Steigerung der europäischen Energieeffizienz um 20 Prozent klingen hohl, wenn der Chef der EU-Kommission bei konkreten Maßnahmen sofort vor der Auto-Lobby einknickt.

Der Straßenverkehr ist in hohem Maße verantwortlich für Europas Abhängigkeit vom Öl. Klare Emissionsgrenzen, die zu größerer Verbrauchseffizienz bei Neuwagen führen, sind daher dringend notwendig, um den Klimawandel und Europas Öl-Abhängigkeit zu bekämpfen.

# Wieder eine Chance vertan

## Stadtgüter werden nicht auf Öko-Landbau umgestellt

Von Lisa Paus, wirtschaftspolitische Sprecherin der Bündnisgrünen im Abgeordnetenhaus

Der Markt für Bioprodukte in Berlin boomt. Allein in den letzten drei Jahren hat sich der Marktanteil der Biomilch am gesamten Milchverbrauch in Berlin von vier auf acht Prozent verdoppelt, bei Käse liegt er bereits bei mehr als zwölf Prozent. Doch der Senat wird bis zum Sommer dieses Jahres die Berliner Betriebsgesellschaft Stadtgüter GmbH mit ihren neun Stadtgütern komplett an konventionell wirtschaftende Landwirte verkauft haben: Jetzt hat der Senat im Wirtschaftsausschuss eingeräumt, dass die Ausschreibung der Nordgüter Wansdorf, Joachimshof, Schönerlinde, Birkholz und Albertshof in drei Losen ausschließlich an konventionelle Bieter gerichtet ist. Damit sind endgültig alle Hoffnungen und Chancen, die mit der getrennten Ausschreibung der Stadtgüter in Süd (bereits konventionell veräußert) und Nord (derzeit im Veräußerungsverfahren) verbunden waren, zunichte gemacht.

Das Land Brandenburg hat inzwischen seine frühere Anti-Biolandbaupolitik aufgegeben und gewährt jetzt umstellungswilligen Landwirten seit Anfang dieses Jahres wieder finanzielle Hilfen zur Umstellung auf ökologische Landwirtschaft. Inzwischen zahlt sogar die „gläserne Meierei“, ein privater Biomilchverarbeiter in der Region Berlin-Brandenburg, wegen der riesigen Nachfrage und dem fehlenden regionalen Angebot an Biomilch umstellungswilligen Milchbauern einen Aufschlag auf ihre Milch, um die wachsende Nachfrage bedienen zu können. Aber der größte Milchbauer Deutschlands, das Land Berlin, weigert sich nach wie vor, diese Entwicklung auch nur zur Kenntnis zu nehmen.

Der ökologischen Landwirtschaft gehört die Zukunft, weil die Verbraucherinnen und Verbraucher



Bioprodukte wollen und weil sie die Umwelt schonen. Doch statt auf diesen Zukunftsmarkt und damit auch auf eine nachhaltige Entwicklung zu setzen, versteckt sich der Senat hinter kurzfristigen Interessen. Seine Ignoranz, die er in Sachen ökologische

Landwirtschaft an den Tag legt, vertuscht der Senat nunmehr mit dem Verkauf eines „zehnten Stadtgutes“: einer Immobilie, die schon seit einigen Jahren still gelegt ist und jetzt von einem Ökobauern wieder zum Leben erweckt werden soll und auch wird.

## Deutsche Bahn gegen Kinderpielplatz

An der Ecke Saale- und Unstrutstraße betreibt der Bezirk Neukölln einen Spielplatz, der heftig und eifrig frequentiert wird, wie fast alle Spielplätze im Bezirk. Der Platz liegt auf einem Gelände, das der Bezirk von der Deutschen Bahn gepachtet hat. Eigentümer und Pächter hatten bisher ein normales, ein geschäftliches Verhältnis zueinander. Bis vor kurzem die Deutsche Bahn das Ansinnen an Neukölln stellte, den „Pachtzins“ um 125 Prozent zu erhöhen, ohne dass der Eigentümer in irgendeiner Form den Wert des Grundstückes erhöht hat.

Bei einer derartig exorbitanten Pächterhöhung liegt wohl der Verdacht nahe, dass die Bahn weniger an der Einnahmeerhöhung aus dem Pachtverhältnis interessiert ist, als vielmehr den Bezirk dazu bewegen will, das Grundstück zu kaufen. Ein vermutetes Unterfangen, das wegen der Finanznöte, in der sich der Bezirk Neukölln befindet, und wegen der



Landeshaushaltsordnung nicht zu realisieren sein wird.

Der Bezirk Neukölln ist gut beraten, die Erhöhung der Pacht um mehr als das Doppelte abzulehnen und es auf einen gerichtlichen Disput ankommen zu lassen. Wie würde wohl Berlins Fernsehen, Funk und Tagespresse auf eine Presseerklärung reagieren: Deutsche Bahn vertreibt spielende Kinder von Neuköllner Spielplatz? Die Bahn kommt, heißt es in einer Image-Kampagne der Deutschen Bahn. Das Vorgehen der Bahn würde bei den Neuköllnerinnen und Neuköllnern sicherlich nicht ankommen. jüb

## Grüner Vorstand neu gewählt

Die Neuköllner Bezirksgruppe von Bündnis 90/Die Grünen hat einen neuen Vorstand gewählt. Der Neuköllner Stachel möchte dem Vorstandssprecher, Jochen Biedermann (Bild), - eine Sprecherin wird noch gesucht - Gelegenheit geben, über Vorstellungen politischer Arbeit in und für Neukölln und seine Bürgerinnen und Bürger Auskunft zu geben:



„Wir Grünen treffen uns alle zwei Wochen in der Seniorenfreizeitstätte Böhmisches Dorf – stimmt die Mär der Eingenerationenpartei ergrauter Altachtundsechziger also doch? Mitnichten. Gerade in den letzten Jahren sind viele junge Neuköllnerinnen und Neuköllner zu den Grünen gestoßen.

Der im Januar neu gewählte Vorstand ist im Schnitt nicht einmal Fünfunddreißig. Dabei ist Jugend natürlich kein Wert an sich und um einen Generationenkonflikt geht es uns erst recht nicht. Im Gegenteil:

zusammen mit unserer Stadträtin, unserer Fraktion in der BVV und unseren Aktiven wollen wir als neu gewählter Vorstand Politik gestalten.

Nach zwei anstrengenden Wahlkampfjahren ist uns jetzt vor allem die inhaltliche Arbeit wichtig: welche Lehren müssen wir aus dem Wechsel im Quartiersmanagement im Rollberg ziehen, wie gestalten wir die wichtige städtebauliche Umgestaltung des Neuköllner Nordens, was kommt nach der hoffentlich endgültigen Schließung von Tempelhof? Wie gestalten wir konkret Integration, wie Bürgerbeteiligung in Neukölln? Welche Möglichkeiten gibt es, benachteiligten Kindern und Jugendlichen Chancen zu eröffnen? Aber auch: welche Positionen haben wir zu landes- und bundespolitischen Themen, beispielsweise in der Diskussion über ein bedarfsunabhängiges Grundeinkommen?

Der neu gewählte Vorstand will die Sitzungen der Bezirksgruppe dabei so spannend wie möglich machen: durch neue Sitzungsformen, externe Referentinnen und Referenten, aber auch indem wir ab und zu an anderen Orten in Neukölln tagen,

bei Initiativen oder Einrichtungen, und so unseren Horizont erweitern. Darüber hinaus bietet unsere Veranstaltungsreihe Neuköllns schöne Seiten die Möglichkeit, unseren Bezirk neu und wieder zu entdecken und auf einem anderen Wege miteinander ins Gespräch zu kommen (Siehe auch Seite 6, dieser Ausgabe).

Mir ist besonders wichtig, dass sich jede und jeder mit „angegrüntem“ Vorstellungen von Neukölln einbringen und Politik in diesem Sinne mitgestalten kann – in der sich vierzehntägig treffenden Bezirksgruppe genauso wie in einer unserer Arbeitsgemeinschaften. Nur durch verschiedene Sichtweisen, durch Gespräche und Vernetzung können wir für Neukölln neue Ansätze und Antworten entwickeln.

Unsere Sitzungen in der Seniorenfreizeitstätte gehören übrigens wohl bald der Vergangenheit an. Wir planen, noch in der ersten Jahreshälfte eine Geschäftsstelle im Neuköllner Norden zu eröffnen, fußläufig von Rathaus und Sonnenallee, aber vor allem offen und einladend für alle Interessierten.

Die nächsten Termine von Bezirksgruppe und Arbeitsgemeinschaften finden Sie auf unserer Internetseite [www.gruene-neukoelln.de](http://www.gruene-neukoelln.de). Immer aktuell informiert werden Sie mit dem Neuköllner Newsletter, für den Sie sich auch auf unserer Internetseite anmelden können.“

## Neukölln entdeckt die Alten

Einen Spielplatz für Senioren wünscht sich die Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung auf Antrag der Christlichen Senioren Union, will sagen der CDU. Die Idee ist zwar nicht neu, aber neu für Neukölln. Unsere europäischen Nachbarn Österreich, Frankreich und Spanien sind da schon viel weiter. So gibt es dort – zum Beispiel in Spanien – solche „Spiel“-Plätze für Senioren, wo älteren Bürgerinnen und Bürgern neben Boul, Schach und Brettspielen auch Gelegenheit zu Trimm- und Fitnessübungen gegeben wird. Da auch in Neukölln der Anteil älterer Menschen rasch wächst, würde dem Bezirk eine Vorreiterrolle in dieser Angelegenheit gut zu Gesicht stehen. Das meint auch der Verein Lebensherbst, der dem Bezirk bereits konzeptionelle Hilfe zugesagt hat. Die wird er auch gerne annehmen, wie der für „Spielplätze“ zuständige Stadtrat Thomas Blesing (SPD) kürzlich dem Ausschuss für Naturschutz und Grünflächen versicherte.



Bezirksgruppe Neukölln, Kontakte:  
Vorstandssprecher:  
Jochen Biedermann,  
Tel: 0163 2891707  
Postadresse: Bündnis 90/Die Grünen,  
Postfach 440629, 12006 Berlin

Internet:  
<http://www.gruene-neukoelln.de>  
E-Mail: [vorstand@gruene-neukoelln.de](mailto:vorstand@gruene-neukoelln.de)

Bezirksgruppe  
Alle 14 Tage dienstags um 19 Uhr. in der Seniorentagesstätte „Böhmisches Dorf“, Kirchgasse, Ecke Richardstraße, (Nächsten Termin bitte telefonisch erfragen)

Kontakttelefone  
Ausländerpolitik/Immigration und Jugend, Kinder, Schule:  
Susanna Kahlefeld, 687 82 12  
Stadtentwicklung, Grünflächen:  
Jürgen Biele, 663 56 40

Frauen:  
Carola Scheibe-Köster, 68 0927 73  
Gesundheit, Umweltschutz:  
Gabriela Gebhardt 603 77 54  
Homepage der Bezirksgruppe:  
Jochen Biedermann, 0163 2891707  
Soziales und Verkehr:  
Bernad Szczechpanski, 625 72 54  
Wirtschaft:  
Peter Klopp, 61303985



Herausgeber: Bündnis 90/Die Grünen, Bezirksgruppe Neukölln  
Verantwortlicher Redakteur im Sinne des Pressegesetzes:  
Jürgen Biele (jüb)  
Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe:  
Gabriele Vonnekold, Hanna Schumacher, Jochen Biedermann, Bertil Wewer;

Die Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion bzw. von Bündnis 90/Die Grünen in Neukölln wieder. Für mit vollem Namen gezeichnete Beiträge übernimmt der jeweilige Autor die Verantwortung.

Redaktionsadresse: Neuköllner Stachel, Bündnis 90/Die Grünen Neukölln, Postfach 440629, 12006 Berlin  
Anzeigenleitung:  
Gabriela Gebhardt, 603 7754,  
E-Mail: [gabi.gebhardt@snafu.de](mailto:gabi.gebhardt@snafu.de)  
Druck: Henke Pressdruck GmbH

Ristorante - Pizzeria  
hausgemachte Nudeln  
selbst importierte Weine  
Steinofenpizza  
Fischspezialitäten

Erkstr. 10 - 12043 Berlin  
Tel.: 030 / 68 08 79 46



# Grüne Randnotizen aus der Bezirksverordnetenversammlung

## Sparzwang

Mit einer schlechten Nachricht wartete Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky (SPD) in der Februar-Sitzung der BVV auf: Neben den bisher schon verordneten Sparvorgaben des Finanzsenators muss der Bezirk weitere 500.000 Euro in seinem Bezirkshaushalt streichen. Keine einfache Aufgabe für den Bezirk, der finanziell schon „mit dem Rücken zur Wand steht“. Wen wird der Sparhammer treffen?

## Hilfe anbieten

Auf Antrag der CDU brachte der Jugendhilfeausschuss der BVV eine Beschlussempfehlung ein, die das Bezirksamt auffordert, „sich mit dem Senat in Verbindung zu setzen, um zusätzliche personelle Verstärkung für den Bereich des Jugendamtes bei den Sozialarbeitern einzufordern“, sowie weiteren Stellenabbau im Kinder- und Jugendgesundheitsdienst zu verhindern. Dem konnten alle zustimmen, aber FDP und Die Grünen enthielten sich! Bemerkenswert.

## Investitionen für morgen

Mit den Stimmen der Zählgemeinschaft aus SPD, Grünen und Linkspartei beschloss die BVV die Investitionsplanung 2007 bis 2011. Dem vorausgegangen war ein heftiger Streit um die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an dieser Planung. Die ist nämlich neuerdings zwingend vorgeschrieben und musste

darum in den vergangenen Wochen dann auch eiligst nachgeholt werden. Neu in die Investitionsplanung aufgenommen wurden u.a.: 7,75 Mio Euro für den Neubau mobiler Unterrichtsräume, 4,6 Mio Euro für die Erweiterung der Zürich-Grundschule, 3,75 Mio Euro für Radverkehrsanlagen, sowie 5,6 Mio Euro für die Umgestaltung des Böhmischen Dorfes, der Karl-Marx-Straße und des Hermanplatzes.

## Straßenneubau Alt-Rudow

Eine Große Anfrage, mit Dringlichkeit von der SPD gestellt, sorgte für Streit in der BVV. Ursache: Eine Baumaßnahme in Rudow und ein Flugblatt eines Rudower Abgeordneten.

Die Straße Alt-Rudow soll erneuert werden. Der Bezirk mit seinem Rechtsamt, unterstützt von Gutachtern ist der Auffassung, dass die Baumassnahme ein Neubau ist und damit Anliegerbeiträge nach dem neuen Straßenausbaubeitragsgesetz fällig werden, weil die Bauarbeiten nach Inkrafttreten des Gesetzes begonnen wurden. Dies sieht der Abgeordnete Sascha Steuer (CDU) aus Rudow anders: Schoneine Bürgerversammlung im Jahre 2005 sei als (vorgeschriebene) Bürgerbeteiligung zu werten und somit als Beginn der Baumaßnahme.

Die BVV reagierte darauf in ihrer Mehrheit mit Empörung, stützte die Auffassung des Bezirksamts und machte Steuer und der CDU den Vorwurf, mit dieser Argumentation

„nur eine suboptimal agierende (ehemalige) Baustadträtin Vogelsang“ stützen zu wollen. Vogelsang (CDU) hatte nämlich den Rudowern auf einer Bürgerversammlung versprochen: „Solange ich Baustadträtin bin, braucht niemand Beiträge zu zahlen...“

## Kahlschlag bei Neuköllns Grün

Das, vermutet die Neuköllner CDU, wird das Ergebnis von Privatisierungen beim Naturschutz- und Grünflächenamt sein. Auf eine Große Anfrage der CDU zu den Ergebnissen der Privatisierung von Friedhofs- und Sportplatzpflege antwortete der zuständige Stadtrat Thomas Blesing (SPD). Er zeichnete ein relativ positives Bild der bisherigen „Erfolge“. Anfangsschwierigkeiten seien zwar noch zu überwinden, doch bei der Beurteilung der „fremdvergebenen“ Friedhofspflege zollte er „dem hier beauftragten Betrieb ein Lob im Hinblick auf die gute Zusammenarbeit“.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Falko Liecke, entnahm dem Bericht des Stadtrates die Befürchtung, dass das Neuköllner Grün nun vollens der Verwahrlosung und dem Untergang preisgegeben wird. Redebeiträge von SPD, Grünen und Linke.PDS widersprachen dieser Einschätzung vehement. Dennoch waren sich wohl alle einig: Es darf keinen Kahlschlag beim Neuköllner Grün geben! jüb

## Die Neuköllner Jugendstadträtin hat das Wort:

# Kinderschutz

## Nur Menschen bilden ein starkes Netz

von Gabriele Vonnekold



Seit Wochen ist der Kinderschutz Thema in allen Zeitungen. Immer wieder werden erschreckende Beispiele dafür bekannt, dass

Kinder schwer misshandelt oder vernachlässigt werden. Danach stellt sich regelmäßig die Frage, warum konnten diese schlimmen Fälle nicht verhindert werden?

Noch viel zu häufig gilt die Art, wie Eltern ihre Kinder behandeln als Privatsache, aber Kinder haben Rechte, die auch die Eltern nicht einfach verletzen dürfen. Kinder haben das Recht auf eine gewaltfreie Erziehung und darauf, angemessen versorgt zu werden. Deshalb ist es wichtig, zu reagieren, wenn ein Kind erkennbar schlecht behandelt wird. Dies gilt für Verwandte, Freunde der Familie, Nachbarn, aber auch für Kinderärzte und Kinderärztinnen, Krankenhäuser, Kitas, Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen und die Polizei.

Mit dem „Netzwerk Kinderschutz“, dass der Senat auf den Weg gebracht hat und das gegenwärtig in der Presse als Allheilmittel erscheint, wird in erster Linie die Zusammenarbeit der verschiedenen Stellen verbessert und

es werden sicherlich mehr Fälle, die jetzt noch in der Grauzone des Privaten versteckt sind, bekannt. Damit erhalten die Jugendämter die Chance rechtzeitig zum Wohle der Kinder eingreifen zu können. Um sinnvoll und vor allem schnell reagieren zu können, brauchen die Jugendämter allerdings auch eine ordentliche Personalausstattung, denn mit den neuen Regelungen wird die Zahl der bekannten Kinderschutzfälle weiter ansteigen. Das muss man wissen und auch wollen!

Wenn es gelingt den Graubereich aufzuhellen, werden viel mehr Maßnahmen notwendig, um den betroffenen Kindern helfen zu können. Um dann sicherzustellen, dass die Maßnahmen, die ergriffen werden geeignet sind, um Gefahren abzuwenden und die weitere Entwicklung des Kindes zu fördern und dabei noch in einem kostengünstigen Bereich sind, braucht es ausreichendes und gut ausgebildetes Personal. Schon heute arbeiten die zuständigen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter unter allergrößtem Druck. Eine weitere Belastung mit zusätzlichen Fällen würde zwangsläufig dazu führen, dass die Qualität der Arbeit leiden müsste. Eine Verbesserung der Personalsituation vor Ort ist aber beim „Netzwerk Kinderschutz“ nicht vorgesehen.

Auch wenn Berlin einem starken Zwang zum Sparen unterliegt, den niemand ernsthaft abweisen kann, muss es doch erlaubt sein zu fragen, ob es sich Berlin leisten darf, auf Kosten der aller schwächsten seiner Bürger, der vernachlässigten und misshandelten Kinder zu sparen. Wer die Situation dieser Kinder wirklich verbessern will, muss wissen, dass das nicht zum Nulltarif zu haben sein wird.

Im Augenblick sind Verbesserungen in der Personalsituation der Mitarbeiter im Kinderschutz unseres Bezirkes nur in winzigen Schritten durch Umschichten im Neuköllner Jugendetat möglich, ohne an anderen wichtigen Stellengrößere Löcher aufzureißen, z.B. bei Kinder- und Jugendeinrichtungen, Fördermaßnahmen für Jugendliche mit Bildungsdefiziten oder der Gewaltprävention.

Diese Situation hat das Neuköllner Jugendamt veranlasst, gemeinsam mit dem Zentralen Stellenpool des Senates ein Modellprojekt aufzulegen, das am 1. März 2007 gestartet ist. Acht pädagogische Mitarbeiterinnen aus dem Kitabereich werden vom Zentralen Stellenpool zur Verfügung gestellt, um die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter im Kinderschutz zu unterstützen. Diese sind zwar kein Ersatz für zusätzliche Sozialarbeiterinnen, aber eine sinnvolle Ergänzung. Sie bringen umfassende Erfahrungen im Umgang mit Kindern und der Beurteilung der altersgemäßen Entwicklung, in der Beratung von Eltern und im Kontakt mit Kindertagesstätten ein. Zusätzlich werden sie gezielt weitergebildet und geschult, um eine wirkliche Entlastung für die Sozialarbeiterteams sein zu können.

Dieses hoffentlich erfolgreiche Modellprojekt ist ein weiterer Schritt, um die Lebensbedingungen von Kindern zu verbessern. Diesem Schritt müssen aber weitere folgen, wenn Kinderschutz nicht nur auf dem Papier ein wichtiges Ziel bleiben, sondern gelebte Wirklichkeit werden soll.

# Ende eines erfolgreichen Quartiersmanagement-Teams

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung hat den Vertrag für das Quartiersmanagement (QM) im Rollberg, das seit Beginn des Jahres 2006 vom Verein Morus 14 e.V. getragen wurde, nicht verlängert. Das Team, bestehend aus Gilles Duhem, Renate Muhlak und Ayten Köse, hat zumindest in Teilen schon seit 2002 im Rollbergquartier gearbeitet und dort große Erfolge erzielt. Die Kriminalitätsrate im Quartier ist um fast ein Drittel gesunken, noch im Mai letzten Jahres wurde das Team mit dem Preis „Botschafter für Toleranz“ ausgezeichnet und allgemein wird und wurde dem Team viel Anerkennung für die gute Arbeit zu Teil.

Trotzdem werden mit Duhem und Mulak zwei der drei Quartiersmanager zukünftig nicht mehr im QM Rollberg arbeiten, das seit dem 1. Januar von der Brandenburgischen Stadterneuerungsgesellschaft (BSG) verwaltet wird. Die Ursachen hierfür sind umstritten. Der ehemalige Trägerverein Morus 14 e.V. und die scheidenden Quartiersmanager werfen der Senatsverwaltung vor, ihnen immer mehr Bürokratie aufzubürden ohne sie mit ausreichenden Sach- und Personalmitteln für die Bewältigung dieser Aufgaben auszustatten. Deshalb hatte der Träger mehr Geld gefordert, das die Senatsverwaltung dem Team nicht bieten wollte. Doch Geld allein kann das Problem nicht gewesen sein: Auch ein privater Sponsor, der die höheren Kosten privat finanzieren wollte, konnte den Konflikt nicht beenden. Das QM-Team wirft der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung vor, ein politisch missliebiges, weil eigenwilliges Team loswerden zu wollen. Die Senatsverwaltung habe schon früher versucht, sich in die Arbeit einzumischen: so habe sie den Besuch der Migrationsbeauftragten der Bundesregierung, die ihrem Französischen Amtskollegen im Frühjahr 2006 das QM im Rollberg zeigen wollte, verhindern wollen. Schließlich war in Berlin gerade Wahlkampf und hochrangiger Besuch aus der CDU nicht gerne gesehen. Die Senatsverwaltung hingegen

äußert sich kaum zu ihren Gründen, das Quartiersmanagement jetzt in andere Hände zu legen. Zunächst war von sprachlichen Entgleisungen auf Seiten des Quartiersmanagers Duhem die Rede – dieser hatte eine Mitarbeiterin der Senatsverwaltung in einer E-Mail als „Weib“ bezeichnet -, später behauptete man, der Trägerverein Morus 14 e.V. habe kein neues Angebot für das Jahr 2007 abgegeben. Nachdem die Senatsverwaltung ein erstes Angebot

bei der Verwaltung der Gelder für die QMs vorgenommen hat. Neuerdings sollen QM-Träger die Mittel für kleine Projekte in ihren Quartieren selber vergeben. Ihnen wird dafür zwar von der Senatsverwaltung Geld zur Verfügung gestellt, für die ordnungsgemäße Verwendung dieser Gelder muss der QM-Träger jedoch geradestehen. Da es hier jährlich um eine Summe von 100.000 – 200.000 Euro geht, entsteht ein beträchtliches finanzielles Risiko,

## Quartiersmanagement in Neukölln

Das Quartiersmanagement ist ein Instrument zur Stabilisierung und Verbesserung der Lebensverhältnisse in sozial problematischen Stadtteilen. Dabei wird ein privater Träger engagiert, der mit einem Team vor Ort tätig wird. Hauptaufgaben dieses Teams sind die Aktivierung der Bewohnerinnen und Bewohner und die Vernetzung der Akteure im Quartier.

Es gibt Fördertöpfe, aus denen Projekte in den Quartieren finanziert werden. Inhaltlich geht es dabei um die Verbesserung der Chancen auf dem Arbeitsmarkt, um Bildungsangebote, Projekte zur sozialen und interkulturellen Integration aber auch um bauliche Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes. Daneben gibt es auch Projekte zur Gesundheitsförderung und zur Stärkung der sozialen Infrastruktur.

Die finanziellen Mittel für die Quartiersmanagementgebiete stammen zu 50 % aus EU-Mitteln, ein Drittel stammt aus dem Bundeshaushalt und ca. ein Sechstel aus dem Haushalt des Landes Berlin.

Im Neukölln gibt es fünf richtige QM-Gebiete: am Reuterplatz, in der Rollbergsiedlung, in der Schillerpromenade, am Richardplatz-Süd und in der High-Deck-Siedlung. Die ersten vier werden von der Brandenburgischen Stadterneuerungsgesellschaft (BSG) getragen, das letzte von Weeber+Partner.

Daneben gibt es am Körnerpark ein Interventionsgebiet und in der Flughafenstraße, der Weißen Siedlung und der Gropiusstadt sogenannte Präventionsgebiete. Diese weisen ähnliche Ziele und Strukturen wie die QMs auf. Sie erhalten aber weniger Personal und Fördermittel, weil die sozialen Probleme als weniger schwerwiegend eingeschätzt werden.

des Trägers zurückgewiesen habe, habe der Verein erklärt, zukünftig nicht mehr Träger des QMs sein zu wollen. Über inhaltliche Konflikte mit dem Quartiersmanagement äußerte sich die Senatsverwaltung nicht. Klar ist jedenfalls, dass der Senat für das Jahr 2007 einige Veränderungen

das ein kleiner Verein wie Morus 14 e.V., dessen jährlicher Umsatz bei ca. 25.000 Euro liegt, kaum zu schultern vermag. Daneben hat die Verwaltungsarbeit in den letzten Jahren enorm zugenommen. Dies führt dazu, dass die Quartiersmanager immer mehr Zeit in den Büros verbringen müssen



Morus 14 - Heimat des QM-Teams

Foto: jüb

und vor Ort seltener ansprechbar sind. Daneben wird es für einen kleinen Träger, der keine Finanzbuchhaltung hat, zunehmend schwieriger den Verwaltungsaufwand überhaupt zu erledigen.

Sicherlich ist eine ordentliche Dokumentation bei der Verwendung öffentlicher Mittel notwendig. Allerdings kann es nicht sein, dass für die Bewilligung von Summen um die 1000 Euro mehrere Aktenordner mit Kopien nötig sind. Hier müssen Verwaltungsabläufe dringend vereinfacht werden. Auch ist es politisch falsch, dass kleine Träger, wie z.B. der Verein Morus 14 e.V., durch diese Strukturen nach und nach verdrängt werden. Gerade solch lokal verankerte Vereine verfügen nicht nur über gute Kontakte mit der Bevölkerung in dem Stadtteil, sondern legen ganz im Sinne des Konzepts von Quartiersmanagement Entscheidungsmacht in die Hände der Menschen vor Ort.

Um zu verhindern, dass diese Träger verdrängt werden und zu erreichen, dass in allen QMs die Arbeit im Kiez nicht immer mehr zu Gunsten von Verwaltungstätigkeiten zurückgedrängt wird, muss die Senatsverwaltung die QM-Träger bei der Bewältigung der Verwaltungsarbeit unterstützen und so verhindern das auch anderen Quartieren aktive Quartiersmanager verloren gehen.

Hanna Schuhmacher

# Umbenennung der Wissmannstraße

Gemeinsam mit der Werstatt der Kulturen und Berliner AfrikanerInnen fordern die Grünen, den Namen Wissmann aus dem Straßenbild zu entfernen

Wer war Wissmann?



Hermann von Wissmann, geboren 1853 in Frankfurt an der Oder, war preußischer Offizier. Nachdem Bismarck 1885 das Gebiet des heutigen Tansania zum „deutschen Protektorat“ erklärt hatte, gab es dort heftige Widerstände der kolonisierten Bevölkerung. Wissmann hatte sich schon länger in Afrika aufgehalten und galt daher als Fachmann, dem man das Kommando über die Truppen zur Niederschlagung der Kämpfe übertragen konnte. Allerdings war er schon während seiner Ausbildung auffällig geworden und hatte wegen Trunkenheit und einem Duell Festungshaft bekommen: In Afrika praktizierte er als Kommandant eine „Taktik der verbrannten Erde“. 1888 bis 1891 war er dann Reichskommissar im so genannten Deutsch-Ostafrika, dem heutigen Tansania. In dieser Zeit bildete er eine „Schutztruppe“ von etwa 1000 Soldaten, die für Strafaktionen und bei

der Niederschlagung von Aufständen eingesetzt wurden.

Die „Wissmanntruppe“, weitgehend bestehend aus afrikanischen Söldnern, zog mordend und brandschatzend durch Dörfer, die sich der deutschen „Kontraktarbeit“, der „Hüttensteuer“ und den Landenteignungen nicht beugen wollten. Wissmann brachte das den Spitznamen „Das Schwert“ ein. 1896 musste er aus gesundheitlichen Gründen nach Deutschland zurückkehren.

Was ist bisher geschehen?

Die Werkstatt der Kulturen hat im vergangenen Jahr die Initiative ergriffen. Sie arbeitet schon einige Jahre daran, die vergessene deutsche Kolonialgeschichte hier bekannter zu machen und ist dabei in kontinuierlichem Kontakt mit afrikanischen Vereinen - auch mit der Tansanischen Community. 2006 organisierte sie mit dieser zum zweiten Mal den Gedenkmarsch zum Maji-Maji-Krieg, dem schlimmsten der deutschen Kolonialkriege, in dem 200.000 bis 300.000 AfrikanerInnen ums Leben kamen, im Kampf ermordet oder in die Wüste getrieben. Für ihn war Wissmanns Nachfolger verantwortlich, der diese Taktik der „verbrannten Erde“ übernommen hatte.

Ebenfalls auf Anregung der Werkstatt der Kulturen wurde 2006 das Kulturamt Neukölln beauftragt, ein Gutachten über Hermann von Wissmann und seine historische Rolle zu erstellen.

Dieses Gutachten liegt vor, wurde aber bisher nicht öffentlich gemacht. Derzeit läuft eine Veranstaltungsreihe zum Thema. Der nächste Termin ist am 15. März, 19 Uhr, Saal; *Politik befragt: Brauchen wir eine Umbenennung der Wissmannstraße(n) in Berlin?* Podiumsdiskussion mit Lokal-, Regional- und Bundespolitikern.

Wie geht es weiter?

Die Grünen haben vom zuständigen Stadtrat Schimmang die Veröffentlichung des Kulturamts-Gutachtens erbeten. Es ist zu erwarten, dass es die Argumente für eine Umbenennung stützt. Wir planen derzeit eine Veranstaltung im Frühjahr, bei der wir mit den Gewerbetreibenden, Vereinen und Bewohnern der Wissmannstraße über das Thema Umbenennung diskutieren wollen. Dabei soll nicht nur die Person Wissmanns im Mittelpunkt stehen, sondern auch die grundsätzlichere Frage nach unserer Erinnerungskultur und ganz praktisches, nämlich wie eine Umbenennung vonstatten geht und welche Folgen das für die Anwohner hat.

Zunächst wird es eine Bewohnerbefragung geben - sie ist auch Teil der Zählgemeinschaftsvereinbarung zwischen Grünen, Der Linken und SPD. Das könnte schon im Sommer geschehen.

Das Recht zur Umbenennung liegt im Bezirk, also bei der BVV. Sie muss die Kosten und Unbequemlichkeiten, die den Bürgern durch das Umschreiben von Dokumenten entstehen, abwägen gegen das politische Gewicht und die historische Signalwirkung der Umbenennung. Dass es in Berlin noch eine zweite Wissmannstraße gibt, ist ein formales, aber ein starkes Argument für die Umbenennung, denn die Doppelungen von Straßennamen sollen - um der Eindeutigkeit willen - vermieden werden.

Wie soll die Straße heißen?

Berlinweit gilt die Regel, dass alle neu zu benennenden Straßen die Namen von Frauen erhalten sollen, um das zahlenmäßige Ungleichgewicht zwischen Frauen- und Männernamen zu korrigieren. Die Grünen stehen hinter dieser Regelung. Aber der Findungsprozess ist noch offen, denn es wäre in diesem Fall sehr sinnvoll, auch durch den neuen Namen den Bezug zur deutschen Kolonialgeschichte bestehen zu lassen und nach einem Menschen zu suchen, an den wir uns in diesem Zusammenhang gerne erinnern. Der ganze Prozess wird länger dauern. Aber es geht uns darum, die eigene Kolonialgeschichte erst einmal kennen zu lernen, um dann - mit der Umbenennung - Verantwortung übernehmen zu können. Es gilt also: Auch der Weg ist das Ziel. Wer sich an Diskussion und Aktionen beteiligen möchte, kann Kontakt aufnehmen über: susanna.kahlefeld@gruene-neukoelln.de  
Susanna Kahlefeld

## Absolute Mehrheit für Mehr Demokratie

84 Prozent der Berlinerinnen und Berliner sprachen sich am 17. September 2006 in einer Volksabstimmung für mehr direkte Demokratie aus. Sie ratifizierten damit eine Verfassungsänderung, der im Mai schon alle Fraktionen des Berliner Abgeordnetenhauses zugestimmt hatten. Mit der inzwischen in Kraft getretenen Verfassungsänderung wurden die Hürden für Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide gesenkt. Außerdem ändern sich die Themen, zu denen ein Volksbegehren initiiert werden kann. Waren früher Volksabstimmungen noch untersagt, die sich in Themen des Berliner Landshaushalts einmischten oder die Landesverfassung ändern wollen, so sind diese nun explizit zugelassen. Übrigens: Berlin hat schon Erfahrung sammeln können mit Bürgerwillen. Die Bürgerinnen und Bürger von Kreuzberg stimmten am 21. Januar darüber ab, ob ein Stück der bisherigen Kochstraße künftig Rudi-Dutschke-Straße heißen soll oder nicht. Die CDU hatte erfolgreich Stimmen dagegen gesammelt. Doch die Bürgerinnen und Bürger wollten es anders: Fast 52 Prozent stimmten für Rudi Dutschke. Delikat: An der Kochstraße steht auch das Verlagsgebäude des Springer-Konzerns, der nun gegen den „Bürgerwillen“ klagt...

Mehr Demokratie

## Neukölln behält Hörberatungsstelle

Wer nicht kämpft, hat schon verloren. Dieser Satz ist oft Gründungsmotiv für Bürgerinitiativen gewesen. Das sagten sich auch Eltern, Kommunalpolitiker und Ärzte, als sie vehement den Erhalt der Hörberatungsstelle in Neukölln forderten. Auch die Neuköllner Bezirksverordneten hatten sich in seltener Einmütigkeit für diese Einrichtung eingesetzt. Nun waren die Proteste erfolgreich: Die Beratungsstelle für Hörbehinderte in der Neuköllner Paster-Behrens-Straße wird nicht geschlossen!

Lange Zeit sah es so aus, als ob die Neuköllner Einrichtung zu Gunsten einer gleichen Einrichtung in Friedrichshain-Kreuzberg zugemacht wird. In der Diskussion um den öffentlichen Gesundheitsdienst sollten aus Gründen der Kosteneinsparung die Beratungsstellen zusammengelegt werden, eben am Standort Friedrichshain-Kreuzberg. Denn hier, so argumentierten jedenfalls die Befürworter der Zusammenlegung, sei „eine bessere City-Lage gegeben“ und die vergleichende Kosten- und Leistungsrechnung käme auch zu besseren Ergebnissen.

Dessen ungeachtet: Betroffene und engagierte Eltern, sowie Ärzte und andere Unterstützer wurden nicht müde, gegen die beabsichtigte

Schließung zu protestieren. 11.000 Unterschriften wurden gesammelt. Auch Neuköllner Kommunalpolitiker brachten ihren Protest zum Ausdruck. Der Rat der Bürgermeister erhörte „Volkes Stimme“ und empfahl: Die Hörberatungsstelle in Neukölln bleibt. Diese Einrichtung gilt als die älteste ihrer Art in Deutschland. Seit 1959, dem Jahr ihrer Gründung, kamen mehr als 12.000 Kinder und junge Erwachsene zur Behandlung hierher. Die Leiterin der Hörberatungsstelle in der Paster-Behrens-Straße, Petra Günther, reagierte mit Genugtuung auf die Empfehlung des Rates der Bürgermeister: „Wir haben eine Einrichtung, die wirklich gut funktioniert.“ Und das soll sie auch weiterhin!

jüb

## Neukölln im Widerstand Neue Gedenktafeln gegen das Vergessen

Im Rahmen des Neuköllner Gedenktafelprogramms sollen in diesem Jahr neue Gedenktafeln für Neuköllnerinnen und Neuköllner angebracht werden, die ihren Widerstand gegen den Nationalsozialismus mit dem Leben bezahlen mussten. Anlässlich der Woche der Menschlichkeit fand deshalb im Dezember 2006 eine Veranstaltung im Museum Neukölln statt. Dabei stellte die Politologin Ursula Bach Vorschläge für neue Gedenktafeln vor.

Bereits 1988 beschloss die Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung (BVV) ein Gedenktafelprogramm für die Menschen, die ihren Widerstand mit dem Leben bezahlen mussten. In Neukölln gibt es 13 Gedenktafeln für Menschen, die wegen ihres Widerstandes von den Nationalsozialisten ermordet wurden oder umgekommen sind. Weitere Gedenktafeln erinnern an jüdische Opfer des Nationalsozialismus oder an Neuköllnerinnen und Neuköllner, die auf Grund ihres Handelns verfolgt und in die Emigration getrieben wurden.

Das Kulturamt Neukölln entwickelte die Idee, die zentrale Gedenktafel im Rathaus durch eine Multimedia-Gedenk-Installation zu ersetzen, die im November 2000 eingeweiht wurde.

Im Rahmen des Neuköllner Gedenktafelprogramms sollen nun in 2007 drei neue Gedenktafeln im Stadtraum an Menschen aus dem Neuköllner Widerstand erinnern.

Angesichts aktueller neofaschistischer Tendenzen in Neukölln ist das sehr wichtig. Gemäß BVV-Beschluss sollen Neuköllnerinnen und Neuköllner geehrt werden, die ihren Widerstand mit ihrem Leben bezahlten, deren Widerstand bedeutend war, die von ihrer Persönlichkeit her besonders interessant sind und bisher in Berlin noch keine Gedenktafel haben. Da Frauen bisher unterrepräsentiert sind, sollen diese besonders berücksichtigt werden. Von den drei Vorschlägen für neue Gedenktafeln dokumentiert der *Neuköllner Stachel* Leben und Wirken von **Hildegard Jadamowitz**, die in Neukölln aufgewachsen ist. Die Rütlichülerin und spätere Sprechstundenhilfe trat 1931 in den Kommunistischen Jugendverband ein und blieb auch nach 1933 aktiv. 1936 wurde sie für neun Monate inhaftiert. Mitte der 1930er Jahre wohnte sie in der Kaiser-Friedrich-Straße 164 (heute: Sonnenallee 157). Sie war mit dem Neuköllner Werner Steinbrink verlobt, aber als „Halbjüdin“ war

eine Heirat unmöglich. Die beiden hatten Kontakt zu den Freunden der Internationalen Arbeiterhilfe um Charlotte Vötter in Britz. Mit Hans-Georg Vötter, dem Neuköllner Hans-Georg Mannaberg sowie Erika und Joachim Franke aus Köpenick schlossen sie sich zu der Widerstandsgruppe „Franke“ zusammen. Hildegard Jadamowitz und Werner Steinbrink stellten Kontakt zu dem jüdischen Kommunisten Herbert Baum her. Dieser hatte junge Kommunisten und Mitglieder der jüdischen Jugendbewegung um sich gesammelt. Nach 1940 stießen jüdische Zwangsarbeiter zu der Widerstandsgruppe hinzu. Nach dem Überfall auf die Sowjetunion und den beginnenden Deportationen der Juden ging die Baum-Gruppe ab Herbst 1941 zum aktiven Widerstand über. Hildegard Jadamowitz vervielfältigte Flugschriften der Franke- und der Baum-Gruppe, wie zum Beispiel die an Soldaten gerichtete Flugschrift „Der Ausweg“. Von ihr stammte die Idee für das Flugblatt „An die deutsche Ärzteschaft“. Als Sprechstundenhilfe besorgte sie Krankmeldungen und Medikamente. Im Mai 1942 beteiligte sie sich an dem Brandanschlag auf die Propaganda-Ausstellung „Das Sowjetparadies“. Am 22. Mai 1942 wurde sie verhaftet, von einem Sondergericht zum Tode verurteilt und am 18. August 1942 in Plötzensee hingerichtet. Bisher gibt es in Neukölln keine Gedenktafel für Mitglieder der Franke-Gruppe. Auf dem Denkmal für die Herbert-Baum-Gruppe auf dem Jüdischen Friedhof in Berlin-Weißensee ist Hildegard Jadamowitz genannt. In Friedrichshain gibt es eine Hildegard-Jadamowitz-Straße. Eine Gedenktafel für sie gibt es in Berlin noch nicht. Neukölln will sich nun ihrer erinnern. Der *Neuköllner Stachel* wird weiter über Neuköllns Gedenktafelprogramm berichten...

Bertil Wewer

### Haben Sie keine Lust mehr auf Kontierung und Lohnabrechnung...? Wir helfen Ihnen gerne...

- Kontierung und Buchung Ihrer täglichen Geschäftsvorfälle
- Offene Posten-Verwaltung von Debitoren und Kreditoren
- Div. monatl. Auswertungen, ELSTER, Sonderleistungen
- Preisbsp.: 100,- EUR für max. 120 Geschäftsvorfälle

- Monatliche Lohn- und Gehaltsabrechnung für jeden Mitarbeiter (Preis: 9,80 EUR/Abrechnung) (inkl. aller Beitragsnachweise, An- und Abmeldungen, Lohnjournal, LSt.-Besch., Protokolle, LSt.-Anmeldung (ELSTER))



15 Jahre Berufserfahrung

**C & M - Brünne (G&R)**

Service rund um Ihr Unternehmen

Ind.-Kff. Christine & Dipl.-Kfm. Michael Brünne  
Beifußweg 42a, 12357 Berlin

Tel.: 661 00 62/Fax: 661 00 63  
mobil: 0162 - 106 36 92  
e-mail: christine.brueenne@web.de

**Zur Klima-Debatte:**

# Ist diese Welt noch zu retten?

## Die Umweltschutzorganisation Greenpeace sagt: Ja!

**In einer kürzlich vorgelegten Studie sagt sie auch wie: Eine Energie(R)evolution soll es richten. Aktuelle Prognosen gehen davon aus, dass in den nächsten 100 Jahren eine globale Erderwärmung um 5,8 Grad stattfinden werde, wenn der Energieverbrauch weiter ansteige wie bisher. Der ehemalige Direktor des UN-Umweltprogramms und frühere CDU-Umweltminister der Bundesrepublik Deutschland, Klaus Töpfer, macht der internationalen Umweltpolitik der letzten Jahre - auch der deutschen - einen herben Vorwurf: Bestreiten, Verzögern und Nichtstun waren ein gemeinsamer Nenner.**

Dass damit nun Schluss sein muss, zeigende Klima-Ereignisse der letzten Monate und Jahre nur allzu deutlich. Schwere Stürme, Trockenperioden, Überschwemmungen galoppieren rund um den Globus... Die prognostizierte Erderwärmung würde drastische - und zwar negative - Veränderungen in den Lebensbereichen aller Gesellschaften mit sich bringen.

Die Greenpeace-Studie zeigt auf, wie ein solches Horrorszenario noch verhindert werden könnte. Dazu müsste jegliches Wirtschaftswachstum von der Energiegewinnung aus Kohle, Erdöl und Erdgas abgekoppelt und dafür erneuerbare Energie eingesetzt werden. Dezentrale Energieproduktion mit Hilfe von Photovoltaikanlagen auf Hausdächern, lokalen Solar- und Windparks und anderen Energiealternativen müssen massiv gefördert werden, damit sich diese

flächendeckend durchsetzen und so die herkömmliche Energiegewinnung aus fossilen Brennstoffen verdrängen können. Forderungen, die bislang in fast allen „grünen Programmen“ enthalten sind und immer als „spinnert“ von der Energiewirtschaft und Teilen der Politik abgelehnt wurden.

Voraussetzung für die von Greenpeace geforderte Energie(R)evolution ist ein internationales Abkommen. Jedes Land müsste sich dazu verpflichten, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß drastisch zu reduzieren. Die weltweit produzierte Menge an dem Klimakiller Kohlendioxid müsse bis zum Jahr 2050 (!) um 80 Prozent vermindert werden, sagen die Klimaexperten und warnen: Macht man weiter wie bisher, werden sich die Treibhausgas-Emissionen bis 2050 hingegen fast verdoppeln! Bisher galt das Eintreffen solcher Prognosen in der Einschätzung der Wissenschaftler als „wahrscheinlich“,

das bedeutet eine Wahrscheinlichkeit von 60 bis 90 Prozent. Jetzt geht man davon aus, dass die Vorhersagen „sehr wahrscheinlich“ so eintreffen werden, was einer Wahrscheinlichkeit von über 90 Prozent entspricht.

In einer Abhandlung zur Durchführung der Energie(R)evolution weist Greenpeace zusammen mit dem Dachverband der Europäischen Erneuerbaren Energie-Industrie (Erec) den Weg in ein „besseres“ Klima: Weg vom Öl, keine neuen Kohlekraftwerke, auch Atomkraftwerke sind keine Lösung, und hin zum sparsamen und effektiven Umgang mit Energie.

Der Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag, Fritz Kuhn, dazu: „Wir müssen alle Bereiche systematisch auf ihre Klimarelevanz hin überprüfen: Das Heizen, das Isolieren von Häusern, das Autofahren, das Fliegen, das industrielle Produzieren. Alles, was dem Klima nützt, muss gefördert werden.“ Und der neue Direktor des UN-Umweltprogramms (UNEP), Achim Steiner, schreibt uns ins Stammbuch: „Wer jetzt nichts gegen den Klimawandel unternimmt, wird in den künftigen Geschichtsbüchern als verantwortungslos bezeichnet werden.“ *jüb*

### Klimakiller Flugverkehr

*Ein Richtungsstreit um die Einbeziehung der CO<sub>2</sub>-Emissionen des Luftverkehrs in den Emissionshandel beschäftigt derzeit das EU-Parlament. Insbesondere ein Vorschlag der EU-Kommission, wonach im ersten Jahr nur Flüge innerhalb der EU in den Handel einbezogen werden sollen, ist umweltschädlich und rechtlich bedenklich, meinen die Fachpolitiker. Das Europäische Parlament fordert nachdrücklich, alle Flüge einzuschließen, die auf EU-Flughäfen landen oder abfliegen. Offenbar ist die Kommission hier vor dem Widerstand aus den USA eingeknickt. Der rasch voranschreitende Klimawandel erfordert sofortiges Handeln. Mit dem Start des Emissionshandels in 2011 ist bereits viel Zeit verschwendet, die Verzögerung um ein weiteres Jahr für Interkontinental-Flüge angesichts der Situation sei sträflich. Denn Flugzeuge emittieren nicht nur CO<sub>2</sub>, sondern auch andere gefährliche Treibhausgase. Ihr „Gesamtbeitrag“ am Klimawandel ist dadurch zwei bis vier Mal höher als der der meisten anderen Verursacher. Ein effektives System für den Handel mit Emissionen müsste auf diese besondere Verantwortung des Flugverkehrs für den Klimawandel zugeschnitten sein. Vollkommen falsch ist es hingegen, den Luftverkehr genauso zu behandeln wie die anderen Industrien.*

*„Die Einbeziehung des Flugverkehrs in den Emissionshandel soll eigentlich dem Ziel dienen, den Klimawandel zu bekämpfen. Die bisher vorgelegten Maßnahmen werden dieses Ziel leider vollkommen verfehlen,“ sagt der grüne Europaabgeordnete Michael Cramer.*

### REISSCHALE

Asiatische Lebensmittel & Naturkost  
Karl-Marx-Straße 181 · 12043 Berlin  
☎ (030) 687 73 73



Die Bundesvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen Reinhard Bütikofer und Claudia Roth präsentieren ein Plakat zum Klimaschutz. Foto: Kompaktmedien

## Klimawandel in Berlin

### Was kann das konkret bedeuten?

Angesichts der heißen Sommer, der vielen Sturm- und Flutkatastrophen in den letzten Jahren, sowie des andauernden warmen Winters in diesem Jahr, meinen viele Menschen eine Ahnung von den Folgen des Klimawandels zu bekommen.

Ob diese Ereignisse zufällige Häufungen extremer Wetterereignisse oder die ersten Anzeichen des Klimawandels darstellen, ist in der Wissenschaft umstritten, aber die Anzeichen für den Beginn einer weltweiten Klimaveränderung mehren sich.

Fast unumstritten ist jedoch die These, dass wir dauerhaft Klimaveränderungen zu erwarten haben. Letztlich werden wir uns dabei auf mehr solcher extremer Wetterereignisse gefasst machen müssen. Erste Ergebnisse der vom Umweltbundesamt beim Max-Planck-Institut für Meteorologie in Auftrag gegebenen Studie zu künftigen Klimaänderungen in Deutschland zeigen massive Veränderungen für den Nordosten Deutschlands. In den Sommermonaten wird es in Berlin 25 bis 35 Prozent weniger Regen geben. In Brandenburg liegen die Schätzungen je

nach Emissionsszenario sogar bei bis zu 50 Prozent weniger Niederschlägen im Sommer. Die extrem heißen Tage mit mehr als 30° C werden hingegen wesentlich häufiger. Statt 6 bis 7 Mal im Jahr, wie im Zeitraum von 1961-1990, werden wir uns auf fast 20 solcher Hitzetage einstellen müssen.

Im Gegenzug sinkt die Anzahl der kalten Tage, so dass es im Jahr 2100 nur noch ca. 6 Tage mit Temperaturen von unter 0° C geben wird. Dafür regnet es mehr und wir können uns auf typisch englisches „Winter“wetter einstellen: grau und naß.

Wie stark die Veränderungen tatsächlich werden, darauf haben wir einen gewissen Einfluss. Viel hängt davon ab, ob die Ziele des Protokolls von Kyoto erfüllt werden und die internationale Staatengemeinschaft es schafft, auf den mit dem Kyoto Protokoll eingeschlagenen Weg weiterzugehen und den Ausstoß von CO<sub>2</sub> und anderen Klimagasen weiter zu reduzieren.

Mehr zu diesem Thema auf der Internetseite des Umweltbundesamtes [www.uba.de/klimawandel](http://www.uba.de/klimawandel).

Hanna Schuhmacher

## Vattenfall wirft Klimaschutz in Berlin um Jahre zurück

**Während die Welt über mehr Klimaschutz redet, marschiert Berlin in die andere Richtung. Vattenfall Europe, Berlins Stromversorger, droht mit dem Bau eines gigantischen Steinkohlekraftwerks den Klimaschutz in Berlin um Jahrzehnte zurückzuwerfen und der Senat schweigt dazu. Dieses Kraftwerk würde Berlin bis in die zweite Hälfte des Jahrtausends hinein an den Klimakiller Steinkohle binden.**

Nun hat Vattenfall Europe erstmals die Dimension öffentlich gemacht: Mit einer Leistung von 800 Megawatt wäre es das größte Kraftwerk Berlins. Es würde jährlich rund 5 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> ausstoßen, das sind 20 Prozent aller derzeit in Berlin verursachten CO<sub>2</sub>-Emissionen. Laut Klimaexperten müssen Industrieländer ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis 2050 um 80 Prozent reduzieren. Das gilt auch für Berlin, und die verbleibenden 20 Prozent würde in Berlin allein dieses Steinkohlekraftwerk jährlich verursachen.

„An der Frage Steinkohlekraftwerk ja oder nein entscheidet sich die Zukunft der Berliner Energieversorgung,“ meint Michael Schäfer, Sprecher für Klimaschutz der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus, und verspricht: „Wir werden mit aller Kraft gegen das Steinkohlekraftwerk und für eine

klimafreundliche Energiepolitik in Berlin kämpfen.“

Die Alternative zum Kraftwerksneubau sieht für die Grünen so aus: Ein Großteil seiner Leistung kann durch Energieeffizienz ersetzt werden. Ein weiterer Teil soll aus einem Mix aus der vorhandenen Kraftwerksleistung mit erneuerbaren Energieträgern (Biomasse, Sonne, Wind) gedeckt werden. Ein kurzfristig nicht zu deckender restlicher Strom- und Wärmebedarf soll durch moderne Gaskraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung ausgeglichen werden. Erdgas verursacht im Vergleich zur Steinkohle nur halb so viel CO<sub>2</sub>-Emissionen pro Kilowattstunde. Zudem kann ein Gaskraftwerk auch mit Biogas betrieben werden. Gaskraftwerke binden uns also anders als ein Steinkohlekraftwerk nicht langfristig an klimaschädliche fossile Energieträger.



## Klima und Spaßgesellschaft

### Vorsicht! Satire!

*Und so kommt der Klimawandel bei unserer Spaßgesellschaft an: Große Wintersportereignisse wie FIS-Rennen und die Biathlon-Weltmeisterschaft finden in so bekannten Wintersportzentren wie der „Arena auf Schalke“ und in Düsseldorf statt. Und wenn der Schnee da und in Bayern nicht fallen will, dann fahren eben täglich drei bis fünf LKW mit gemahlenem Eis aus Bremerhaven ins Rheinland und nach Oberstdorf. Dann stört uns kein Klimawandel. Wir können sogar Schifahren in Dubai, in einer riesigen Schihalle am Rande der Wüste – übrigens: Auch in Deutschland gibt es immer mehr dieser Hallen. Selbst wild gewordene*

*Bezirkspolitiker wollten sowas auch in Neukölln veranstalten: Eine Schihalle am Rande der geplanten Autobahn... Solche Maßnahmen unglaublicher Energieverschwendung sorgen mit ihren CO<sub>2</sub>-Emission dafür, dass der „höchste anzunehmende ökologische Unfall“, die Erderwärmung, um mehrere Grade Celsius näher rückt. Und vielleicht, wenn erst das Grönlandeis abgeschmolzen sein wird, werden bei in Deutschland ausgetragenen olympischen Spielen die Segelwettbewerbe auf einem riesigen Binnenmeer ausgetragen, das früher mal „Land“ Brandenburg hieß... Hauptsache wir hatten Spaß bis dahin.* Jürgen Biele

### Ja, ich abonniere den Neuköllner Stachel

und habe mindestens 5,- € (Porto für ein Jahr) auf das Konto des Ortsverbandes Bündnis90/Die Grünen Neukölln, Konto: 1470 00 5529 bei der Berliner Sparkasse, BLZ 10050000, Kennwort „Stachel“, überwiesen.

Ich möchte nicht nur ein, sondern \_\_\_\_\_ Exemplare pro Ausgabe, ohne mehr zu zahlen.

Ich möchte Mitglied werden

Vorname, Name                      Straße                      Wohnort

Einsenden an: Bündnis 90/Die Grünen Neukölln  
Postfach 440628, 12006 Berlin

# Des Stachels bunte Seite

## Ein Bezirk sagt Dankeschön

### Neuköllner Ehrennadel im Schloß Britz verliehen

Freudig bewegt stellten sich Laudatoren und Geehrte dem Fotografen, von links: BVV-Vize-Vorsteher Achim Debudaj, Rolf-Rüdiger Bindig, BVV-Vorsteherin Hannelore Schlottmann, Bernhard Jahn, Konsul Alpman, Marie-Luise Oswald, dahinter Stadträtin Vogelsang, Horst Bosetzky, Bezirksbürgermeister Buschkowsky;



Unter der Lupe

### Spielchen...

Im Bezirk Steglitz-Zehlendorf gibt es eine Straße namens „Treitschkestraße“. Wegen der antisemitischen Grundhaltung des Namensgebers – Treitschke war Historiker und lebte von 1834 bis 1896, und von ihm stammt der unsägliche Satz „Die Juden sind unser Unglück“ –, also wegen dieser „Meinungsäußerung“ war immer mal wieder versucht worden, diesen Namen vom Berliner Straßenbild zu verbannen.

Letztmalig sollte durch ein gemeinsames Vorgehen in der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf von SPD und Grünen der Treitschkestraße der Garaus gemacht werden. Die Konservativen, allen voran die CDU, mochten hingegen einer Straßenumbenennung nicht zustimmen, von wegen Geschichte und so!

Viele Steglitzer Bürgerinnen und Bürger zeigten schon damals wenig Verständnis für das Festhalten an „Treitschke“. Die am 17. September vergangenen Jahres neu gewählte BVV startete nun einen neuen Versuch, nachdem sich bei der FDP, die heißen freie Demokraten (!), ein zarter Gesinnungswandel abgezeichnet hatte, der Umbenennung vielleicht doch zuzustimmen.

Na prima, dachte Mensch, dann wird es ja was! Denkste – denn nun wollten die Grünen plötzlich nicht mehr. Warum? Weil Grüne und CDU in der BVV eine „Zählgemeinschaft“ gegründet hatten, mit einer Vereinbarung, in den nächsten fünf Jahren, die Treitschkestraße nicht umzubenennen. Grünen-Fraktionvorsitzende Irmgard Franke-Dressler: „Natürlich ist so etwas schwierig zu vermitteln“. Recht hat sie. Gesinnungslumperei ist „ungrün“, oder nur ein Vorgeschmack auf schwarz-grüne Politikspielchen? Jürgen Biele

„Wir können und wollen keine Konkurrenz zu anderen Ordensverleihungen sein“, bekannte die Vorsteherin der Neuköllner BVV, Hannelore Schlottmann, und eröffnete eine kleine aber feine Abendveranstaltung zur diesjährigen Verleihung der Neuköllner Ehrennadel. Die Laudatio für die zu Ehrenden hielt einmal mehr der mit Amtskette geschmückte Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky: „Wir ehren Menschen, die etwas tun, was sie nicht tun müssten... und die sich vielleicht manchmal fragen: Warum tust Du Dir das an? Und darum sagt der Bezirk heute: Danke, dass es Euch gibt.“

Mit der Neuköllner Ehrennadel dürfen sich künftig schmücken und zudem ihre Namen auf einer goldenen Ehrentafel im Rathaus Neukölln wieder finden:

**Marie-Luise Oswald** – Ursprünglich hatte sie gemeinsam mit 15 Analphabeten eine Selbsthilfegruppe gegründet, dann 1982 eröffnete sie mit ihren Teilnehmern einen Trödelladen mitten im Neuköllner Kiez und 1983 ist sie Mitgründerin und seit diesem Zeitpunkt auch geschäftsführende Vorsitzende des gemeinnützigen Vereins „Lesen und Schreiben e.V.“, der deutschsprachigen Analphabeten Hilfestellung anbietet. Jugendliche und Erwachsene lernen im Verein „Lesen und Schreiben“ das, was ihnen eigentlich die normale Schule hätte mitgeben sollen: Lesen, Schreiben, Rechnen und Allgemeinkunde.

Insgesamt haben seit der Vereinsgründung ca. 2.300 Lernende

an 61 Kursen teilgenommen, jeder Teilnehmer hat etwas gelernt und etwa „gefühlte“ 80 Prozent haben die Kurse erfolgreich abgeschlossen.

Der Berliner Rundfunk kürte sie bereits am 26. August 2005 zur „Berlinerin des Tages“, weil sie „buchstäblich“ Menschen unterstützt, die nicht richtig lesen und schreiben können. Am 24. Februar war Marie-Luise Oswald „Neuköllnerin des Tages“ und erhielt die Ehrennadel des Bezirks.

**Rolf Rüdiger Bindig** – Er ist seit 1968 aktives Mitglied der DLRG Neukölln, einem Verein mit rund 1.000 Mitgliedern. Im Februar 1983 wurde er zum Bezirksleiter der DLRG Neukölln gewählt.

Neben vielen anderen aufwendigen administrativen Tätigkeiten war Wolf-Rüdiger Bindig lange Zeit Ausbilder im Schwimmen und Rettungsschwimmen. Wie viele Kinder und Jugendliche er in dieser langen Zeit ausgebildet und wie viele Menschen er mit seiner Mannschaft seit 1968 gerettet hat, ist leider nicht dokumentiert worden, die Anzahl ist aber sicherlich nicht unerheblich. Diverse Ehrungen wurden ihm dafür zuteil. Jetzt ehrt ihn auch sein „Heimat-Bezirk“ Neukölln, mit einer Ehrennadel.

**Bernhard Jahn** – Er studierte zunächst Gesangspädagogik, dann Chorleitung an der Hochschule für Musik in Berlin. 1973 gründete er an der Musikschule Neukölln eine Chorschule mit Singklassen für Kinder-, Jugend- und Erwachsenenchor, daneben wurde er Chorleiter für andere Chöre.



Foto: jbb

So übernahm er 1980 die Leitung des Chores der „Fürst-Donnersmarck-Stiftung zu Berlin“. Mit diesem Chor, in dem vorwiegend behinderte Menschen singen, hat Bernhard Jahn durch seine pädagogisch einfühlsame Art beeindruckende Konzerte erarbeitet und zur Aufführung gebracht.

Heute leitet er unter anderem den Gropius-Chor Berlin, die Gropiuslerchen, die Gropies Berlin, den Lichtenrader Männerchor 1991 e.V. und den Lichtenrader gemischten Chor.

Bernhard Jahn ist Kreischorleiter und Mitglied des Musikausschusses des Chorverbandes Berlin und arbeitet im französischen Chorverband mit. Er ist Jury-Mitglied bei internationalen Chorfestivals, gibt Meisterklassen und leitet internationale Chor-Seminare. Ihm ist es zu verdanken, dass seine Chöre mit Chören aus dem Ausland in engem Kontakt stehen. Durch gemeinsame Konzerte, in denen meist in der jeweiligen Landessprache gesungen wird, trägt Bernhard Jahn nicht nur zum Verständnis für andere Kulturen bei, sondern schafft auch Toleranz für andere.

Durch seine ehrenamtliche Engagement für die Laienchöre in Berlin und seine Fähigkeit, Menschen zu integrieren, hat sich Bernhard Jahn große Verdienste erworben.

Neukölln sagt Danke an Bernhard Jahn und seine vielen „Neuköllner Kehlen“ mit der Verleihung der Neuköllner Ehrennadel.

**Ahmet Nazif Alpman**, Generalkonsul der Republik Türkei – das erste Mal ehrt Neukölln mit ihm einen Diplomaten; ein Weltbürger, der „immer mal in Neukölln vorbei kommt“ und dessen Reden, wie der Bezirksbürgermeister bemerkt, „voll ernster Botschaften an alle“ sind, ein Mahner für ein friedliches Miteinander aller Bürger, gleich welcher Herkunft. Zitat aus einer solchen Rede: „Ohne die Mitarbeit der Zuwanderer wird es dieser Gesellschaft nicht gelingen,

ihre derzeitigen Probleme zu lösen, geschweige denn, eine blühende, eine tolerante Gesellschaft aufzubauen, in der sich unterschiedliche Menschen heimisch fühlen...“

**Professor Dr. Horst Bosetzky** – auch bekannt unter dem Pseudonym „-ky“, ist einer der bekanntesten deutschen Kriminalschriftsteller.

Bekennender Rütli-Schüler von 1946 bis 1951 („mit einer 3 in Deutsch“), später, nach abgeschlossener Lehre zum Industriekaufmann, studierte er Volks- und Betriebswirtschaft sowie Soziologie und Psychologie an der Freien Universität Berlin.

1969 Promotion in Soziologie und von 1973 bis 2000 als Professor für Soziologie an der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege in Berlin tätig.

1971 wurde sein erster Kriminalroman veröffentlicht, es folgten eine ganze Reihe von Romanen, Hörspielen, Jugendbüchern, Satiren sowie einige Drehbücher für das Fernsehen, unter anderem für SOKO 5113.

Prof. Dr. Horst Bosetzky hat mit seinem literarischen Schaffen dazu beigetragen, dass die Schwierigkeiten beim Neuanfang nach dem 2. Weltkrieg und die Anstrengungen der Neuköllner Bevölkerung beim Wiederaufbau Neuköllns den nachfolgenden Generationen von Neuköllnern erfahrbar bleiben.

In seinen teils autobiographischen Werken über seine Jugend im Neukölln der Nachkriegsjahre schildert er mit viel Liebe zum Bezirk die Nöte, aber auch den Aufbauwillen der Bevölkerung, und erzeugt damit in fassbarer Form ein Stück Zeitgeschichte: „Brennholz für Kartoffelschalen“ wecken auch für viele Neuköllnerinnen und Neuköllner Erinnerungen an ihren Kiez...

„Durch seine Werke hat sich Prof. Dr. Horst Bosetzky in hervorragendem Maße um den Bezirk Neukölln verdient gemacht“ findet der Bezirksbürgermeister und verleiht ihm die Neuköllner Ehrennadel.



**Neuköllns schöne Seiten**  
Wir laden Sie ein zu Entdeckungen und Wiederentdeckungen

Am Anfang war der Überdruß. Von der Presse abgeschrieben, von Bekannten bedauert: Ein Leben in Neukölln. Dabei waren und sind wir gerne Neuköllner. Trotz aller unbestreitbarer Probleme. Daraus entstand Mitte des letzten Jahres die Idee, reizvolle Ecken, Lieblingsorte und interessante Stellen zu einer Veranstaltungsreihe zu machen: Neuköllns schöne Seiten. Jetzt stehen die Termine für die nächsten drei Monate fest:

Am Montag, den 19. März wollen wir das Biomasse-Heizkraftwerk in Rudow besichtigen. Wir treffen uns um 15.45 Uhr auf dem Parkplatz vor dem Werk am Ende der Köpenicker Straße. Achtung: Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, eine Anmeldung an schoeneseiten@gruene-neukoelln.de ist erforderlich.

Am Samstag, den 28. April wollen wir das blühende Britz bei einem ca. zweistündigen Spaziergang entdecken. Treffpunkt um 15 Uhr am U-Bahnhof Blaschkoallee.

Am Samstag, den 26. Mai widmen wir uns dem Neuköllner Reformwohnungsbau. Bei einem Spaziergang zwischen der Fritz-Karsen-Schule und dem Ortolanweg wollen wir einige Wohnungsbauprojekte besichtigen, die es verdient haben, nicht nur von Eingeweihten und Denkmalschützern gekannt zu werden. Über die Hufeisensiedlung, mit der in den 1920er Jahren völlig neue Wege im Wohnungsbau beschritten wurden und die vielleicht in die Liste des Unesco-Weltkulturerbes aufgenommen wird, laufen wir durch denkmalgeschützte Siedlungen oder Siedlungen mit einer geplanten Erhaltungsverordnung quer durch Britz zum Ortolanweg, wo schon vor ca. 15 Jahren ein Projekt des gemeinschaftsorientierten Wohnens von Jung und Alt realisiert worden ist. Neukölln war eben schon immer der Zeit voraus. Nur glaubt es keiner. Treffpunkt am 26. Mai um 15 Uhr auf dem Parkplatz der Fritz-Karsen-Schule, Onkel-Bräsig-Str. 76/78.



Bezirksgruppe  
Neukölln



### Der letzte Punkt

Geld verdirbt den Charakter, das weiss man. Aber wieviel Geld den Charakter verdirbt, weiss man nicht. Es müssen so 2500 Euro sein. Man fand heraus, dass Autofahrer ab diesem Einkommen zur hemmungslosen Raserei neigen. Unter 1500 Euro fährt Mensch eher diszipliniert. Ob nun statt einer CO2-Steuer eine „Charaktersteuer“ eingeführt werden sollte, ist unklar. Aber: Warum rasen die Besserverdiener so charakterlos? Nun - man weiss doch seit Karl Marx: Das Kapital ist ein scheues Reh!